

Umweltschützer: Trianel rechnet das Kraftwerk schön

Erneut nicht genehmigungsfähig"

NRW" 25.10.11.
LÜNEN. Das Trianel-Kraftwerk im Stummhafen wird auch weiterhin nicht rechtskonform genehmigt werden können. Dieses Fazit zieht der NRW-Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) als Ergebnis seiner Einwendungen gegenüber den neuen immissionsschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Genehmigungsanträgen der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH und Co. KG (TKL) und des Stadtbetriebes Abwasserbeseitigung Lünen AöR (SAL).

„Auch der neue Anlauf, doch noch eine Genehmigung für das an diesem Standort hochproble-

matische Kraftwerk zu erhalten, ist damit zum Scheitern verurteilt“, so **Dirk Jansen** (Foto), NRW-Geschäftsleiter des BUND.



Auf 624 Seiten habe der BUND dargelegt, dass die gravierenden rechtlichen Mängel nicht beseitigt werden konnten. Zwar hätten bereits deutliche Verbesserungen durchgesetzt werden können, doch blieben die Auswirkungen gleichwohl sehr erheblich und könnten nicht genehmigt werden.

Dies liege vor allem am ge-

planten Kraftwerksstandort im Umfeld mehrerer besonders sensibler europäischer Schutzgebiete, welche bereits ohne das neue Kraftwerk einer unzulässig hohen Belastung ausgesetzt seien. Verwunderlich sei, so der Bund, dass die Neuanträge bei allem Umfang der Unterlagen und Bedeutung für Trianel „erkennbar mit heißer Nadel gestrickt worden sind“. Der Bund wirft Trianel „Schönrechnerei“ vor. Auch das mittlerweile fünfte Gutachten zu den Schadstoffeinträgen in die europarechtlich geschützten Cappenger Wälder sei untauglich, die Verträglichkeit des Vorhabens mit den Schutzziele des Fauna-Flora-Habitat-Gebietes (FFH) zu belegen.

Interessant sei der Umstand, dass Trianel sich nur von einem Teil seines bisherigen Gutachterstabes getrennt habe, ein zentrales Gutachten aber weiterhin von dem Büro komme, dessen mangelnde Substanz in der Gerichtsverhandlung vor dem OVG aufgedeckt worden sei.

Auch im Hinblick auf die hohe Quecksilbervorbelastung der Fische in der Lippe bestätigten die neuen Untersuchungen die Kritik des Bund.

www.bund-nrw.de/luenen